

Beschlossene Anträge

Auf dem ordentlichen Kreisparteitag

am 27. Februar 2024

Inhalt

Antrag A1: Lasst Vernunft walten – Bielefeld braucht eine pragmatische Verkehrspolitik.....	2
Antrag A2: Open for Business – Im Bielefelder Rathaus endlich Wirtschaftspolitik machen.....	4
Antrag A3: Vernünftige Umsetzung des Radschnellwegs – Anbindung an Nachbarkommunen nicht durchs Zentrum führen.....	6
Antrag A4: Radschnellweg durch die Stadt Bielefeld.....	7
Antrag A5: Radverkehrswege sinnvoll planen und integrieren (OV-Mitte).....	8
Antrag A6: Radverkehrswege sinnvoll planen und integrieren (OV-Brackwede).....	9
Antrag A8: Erste Schritte für eine Neuausrichtung und Teilprivatisierung des ISB.....	10
Antrag A9: Ablehnung der Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences in China.....	11
Antrag A10: Dem Drang zur Selbstbeschäftigung Einhalt gebieten - für eine liberale Stadtverwaltung.....	12

Die Anträge A11 bis A15 wurden auf den Kreishauptausschuss verwiesen.

Antrag A1: Lasst Vernunft walten – Bielefeld braucht eine pragmatische Verkehrspolitik

Antragssteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Rückbau von Hauptverkehrsstraßen und die Erschwerung des Autoverkehrs ist die mit Abstand wichtigste Priorität der Bielefelder Rathauskoalition. In keinem Politikfeld werden mehr Akzente gesetzt, die frei verfügbaren Investitionsmitteln werden auf diese Initiativen mit Abstand am stärksten konzentriert. Die Förderung des Fahrradverkehrs ist oftmals nur der Deckmantel hinter einer Erschwerung der Mobilität in unserer Stadt.

Die Bielefelder FDP setzt sich für eine pragmatische, moderne Verkehrspolitik ein, die die Bedingungen für alle Verkehrsträger verbessert und nicht Autofahrer gegen Fahrradfahrer in Stellung bringt und darüber Fußgänger und ÖPNV vergisst. Im Einzelnen wollen wir:

1. Kosten und Nutzen verkehrspolitischer Investitionen wieder stärker in eine vernünftige Relation setzen.
Verbesserte Mobilität auch für Fahrradfahrer ist ein wichtiges Ziel, darf aber nicht mehr Dreh- und Angelpunkt der Bielefelder Politik sein. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Ausbau unserer Schulen haben Priorität.
2. Hauptverkehrsstraßen funktionsfähig erhalten.
Steigende PKW-Anzahlen zeigen, dass es keinen Bedarf an Straßenrückbau gibt. Geld auszugeben, damit unsere Infrastruktur weniger leistungsfähig wird, ist Sabotage am Standort Bielefeld. Auch Busse benötigen Hauptverkehrsstraßen - die Stauerzeugung durch Rückbau schadet daher auch dem ÖPNV.
3. Radverkehr verbessern.
Fahrradstraßen und Magistralen parallel zu und nicht statt den Hauptverkehrsstraßen des Autoverkehrs wollen wir ausbauen. Strecken durch Grünzüge haben Priorität vor Führungen neben Fahrspuren für Busse, PKW und LKW. Abstellmöglichkeiten sind wo benötigt zu verbessern. Der Betrieb von Fahrradparkhäusern indes muss kostendeckend organisiert werden und darf nicht dauerhaft subventioniert werden müssen.
4. E-Mobilität fördern, Individualverkehr verbessern, statt zu drangsalieren
Für einen planvollen Ausbau der Elektromobilität hat die Stadt bislang kaum etwas geliefert. Ein Konzept für öffentliche Ladepunkte ist überfällig. Während in der Innenstadt, z.B. im Hufeisen die Verkehrsberuhigung ausgebaut werden soll, müssen Erreichbarkeit und ausreichend Parkmöglichkeiten in den Stadtbezirken und in einem Ring um die City gegeben sein. Eine Parkplatzverknappung, um Menschen ein anderes Mobilitätsverhalten aufzuzwingen, lehnen wir ab und fordern endlich konkrete Pläne für Quartiersparkhäuser und den Ausbau der Park&Ride-Plätze. Wo dies reali-

sierbar ist, sollen zusätzliche Parkmöglichkeiten geschaffen werden (z.B. Abendgymnasium).

5. Mehr private Mobilitätsangebote ermöglichen.

Bus- und Bahnverkehr, Leihsysteme, Ladepunkte, Mobilitätsstationen – wo immer möglich sollen Leistungen ausgeschrieben statt automatisch an die Stadtwerke/mobiel gegeben werden. Anbietervielfalt und privates Unternehmertum bieten auch bei Mobilitätsangeboten Lösungen, die im Wettbewerb bestehen können. Hierzu zählt auch ein attraktiver Standort für den Fernbusbahnhof, für den wir die Mindener Straße vorschlagen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag A2: Open for Business – Im Bielefelder Rathaus endlich Wirtschaftspolitik machen

Antragssteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Gewerbeflächennotstand abstellen!

Die Bielefelder FDP setzt sich für eine proaktive Gewerbeflächenpolitik ein. Dafür muss die Anwendung der Baulandstrategie für Gewerbegebiete sofort beendet werden. Es darf nicht mehr das Ziel sein, nur Flächen bis zu einem Preisdeckel zu erwerben, sondern mindestens die laut Bedarfsprognose benötigten Flächen jährlich anzukaufen und zu entwickeln. Bei der Flächenvergabe hat die Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze und die prognostizierte Wertschöpfung höchste Priorität und nicht weltanschauliche Kriterien. Auch der erzielbare Grundstückspreis ist im Vergleich zu Wertschöpfung nachrangig. Junge Unternehmen, die sich aus Start-up-Umgebungen vergrößern wollen, müssen unbedingt in Bielefeld gehalten und für den Standort gewonnen werden.

2. Wirtschaftsfreundliche Verwaltung schaffen!

Wir fordern die Verwaltungsleitung auf, für eine wirtschaftsfreundliche Unternehmenskultur in der Verwaltung zu sorgen. Ermöglichen statt verhindern, Probleme lösen, statt zu schaffen muss stärker in den Fokus gerückt werden. Wir fordern eine eigenständige Geschäftsführung für die WEGE und die Integration dieser Stelle in den Verwaltungsvorstand.

3. Handel nicht abschreiben!

Bielefeld muss Einkaufsstadt der Region OWL bleiben, Handel hat Zukunft. Die Bielefelder City muss erreichbar sein, der Handel in den Stadtteilzentren muss gefördert und unterstützt werden. Die anlaufenden Programme zur Stärkung des Handels, die Innenstadtstrategie und verkehrliche Maßnahmen müssen die Rahmenbedingungen für den Handel verbessern und dürfen ihn nicht verschlechtern.

4. Ankommen ausländischer Fachkräfte erleichtern!

Ausländeramt und Einbürgerungsstelle müssen besser funktionieren. Insbesondere für von Bielefelder Unternehmen angeworbene Fachkräfte aus dem Ausland muss die Verwaltung unkomplizierte und schnelle Lösungen realisieren. Die Verwaltung soll die Ansiedlung einer internationalen Schule fördern, um die Arbeit ausländischer Fach- und Führungskräfte ansässiger Unternehmen zu erleichtern und die Internationalisierung zu erleichtern.

5. Globalisierungsinitiative durch neue Städtepartnerschaften starten!

Gemeinsam mit der Wirtschaft soll Bielefeld einen Anlauf für eine gezielte Partnerschaft mit einer Stadt ähnlicher Größenordnung z.B. in den USA, Taiwan oder einem

anderen wirtschaftlich attraktiven Umfeld initiieren und ausbauen.

6. **Wirtschaftspolitik zur Chefsache machen!**

Wir setzen uns dafür ein, dass der Oberbürgermeister zweimal im Jahr einen Bericht zum Wirtschaftsstandort Bielefeld im Rat vorstellt und einen Ausblick auf die weitere Entwicklung gibt. Wir fordern zudem einen eigenen Wirtschaftsausschuss im Rathaus.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag A3: Vernünftige Umsetzung des Radschnellwegs – Anbindung an Nachbarkommunen nicht durchs Zentrum führen

Antragssteller: Kreisvorstand

Der Kreisparteitag möge beschließen:

1. Die Bielefelder FDP begrüßt eine bessere Anbindung der Nachbarkommunen Gütersloh und Herford für den Fahrradverkehr durch jeweils einen Radschnellweg. Die Verbindungen sollen jeweils bis zu einer Ankunftsstelle in Bielefeld geführt werden.
2. Der Radschnellweg nach Herford bzw. nach Gütersloh soll jeweils eine Mobilitätsstation in Bielefeld erreichen, die mit überdachten und gesicherten Radabstellplätzen, Bus- und Stadtbahnhaltestellen ausgestattet ist. Von dort verteilt sich der ankommende Radverkehr in die Stadt bzw. sammelt sich der Radverkehr, der über den Radschnellweg in die Nachbarkommunen fließt.
3. Die Führung eines Radschnellweges durch die Bielefelder Innenstadt lehnen wir als ungeeignet ab. Stattdessen sollen innerhalb des Stadtgebietes im Sinne von Zubringern bestehende Radwege ertüchtigt und Lücken geschlossen werden.
4. Die Anschlussplanung der L712n auf der Herforder Str. muss umgehend erfolgen und darf nicht durch den Radschnellweg verzögert werden.

Begründung:

Zielgruppe des Radschnellweges sind Berufspendler in und aus den Nachbarkommunen. Analog zu Autobahnen ist eine möglichst gradlinige Verbindung zwischen den Kernsiedlungsgebieten von Bielefeld und Herford bzw. Bielefeld und Gütersloh anzustreben. Eine Führung nicht auf einer Hauptverkehrsstraße des Autoverkehrs bietet dabei mehr Fahrkomfort und Sicherheit. Analog zu Landesstraßen übernimmt das Land NRW die Finanzierung der Baukosten in den Außenbereichen, im Innenbereich ist die Stadt für die Baukosten verantwortlich. Die prognostizierten Baukosten von 50 Mio. € und die mit einer Führung über die Artur-Ladebeck-Str., Jahnplatz und Herforder Str. einhergehenden Einschränkungen sprechen gegen eine durchgängige Verbindung durch die gesamte Bielefelder Innenstadt. Zudem ist ein ca. vier Meter breiter Radschnellweg nicht die richtige Radverkehrsinfrastruktur für die Innenstadt, zumal der Pendelverkehr von Gütersloh nach Herford und umgekehrt keine besondere Bedeutung haben dürfte.

Antrag A4: Radschnellweg durch die Stadt Bielefeld

Antragsteller: Alexander Korte, Gebhard Spilker OV-Gadderbaum

Ein Radschnellweg durch die Stadt Bielefeld soll eine eigene Wegeführung erhalten. Wo diese innerhalb von Bielefeld nicht machbar ist, wird er zum Radweg. Ein Radschnellweg kann innerhalb Bielefelds nicht als Grund dafür herangezogen werden, Hauptverkehrsstraßen die notwendige Zweispurigkeit zu nehmen.

Beschluss:

Die FDP Bielefeld setzt sich dafür ein, dass der angedachte Radschnellweg durch die Stadt Bielefeld eine eigene Trasse erhält. Wo dies innerstädtisch streckenweise nicht umsetzbar ist, soll er zum Radweg werden. Die FDP Bielefeld ist der Auffassung, dass die Errichtung eines Radschnellweges die Verkehrsleistung der bestehenden zweispurigen Hauptverkehrsstraßen nicht abwürgen darf.

Begründung:

Nur eine allein dem Radverkehr vorbehaltene Trasse kann einen sicheren und schnellen Radverkehr mit wenigen Haltepunkten gewährleisten. Die zweispurigen Hauptverkehrsstraßen in Bielefeld mit ihren schon jetzt höchsten Anforderungen für sich untereinander berücksichtigende Stadtbahn-, Wirtschafts-, Rettungs-, Rad- und Fußgängerverkehre (z.B. am Beteleck, am Adenauerplatz) können die eigenen Ansprüche einer „Radautobahn“ (Merkmale: möglichst unterbrechungsfrei an Kreuzungen, Priorisierung an Ampelanlagen) nicht zusätzlich noch erfüllen.

Ein Radschnellweg darf die genannten Verkehrsleistungen der zweispurigen Hauptstraßen nicht zerstören. Allein über die Beibehaltung der Zweispurigkeit der Hauptverkehrsstraßen können der Anliegerverkehr sowie der innerörtliche und der überörtliche Wirtschaftsverkehr (hohe Bedeutung für den Wohlstand von Bielefeld) sinnvoll gebündelt und so das Leben und Arbeiten in Bielefeld erleichtert werden. Über die zweispurigen Hauptstraßen müssen sich die Bielefelder in Notlagen (u.a. Stichwort „Zeitenwende“) auch schnell in Sicherheit bringen können.

Ein Radschnellweg dient in erster Linie dem **Radverkehr zwischen Kommunen**. Innerstädtisch können leider nicht immer die Voraussetzungen für eine eigene Trasse gegeben sein. Dort wird ein Radschnellweg streckenweise zu einem Radweg, wo sich der Radschnellwegverkehr dem öffentlichen Personennahverkehr, dem Wirtschaftsverkehr, dem „normalen“ Radverkehr, dem Lebensrettungsverkehr und dem Fußgängerverkehr (u.a. mit älteren Menschen, Schulkindern, Menschen mit Beeinträchtigungen) anzupassen hat, also seinen Vorrang verliert.

Antrag A5: Radverkehrswege sinnvoll planen und integrieren

Antragssteller: OV-Mitte

Die FDP Bielefeld möge sich dafür einsetzen, dass

- verkehrliche Rück- und Umbaumaßnahmen von Straßen zu Gunsten von Radverkehren in Bielefeld Mitte **nicht** umgesetzt werden, wenn dadurch zentrale Verkehrsachsen für den Pendlerverkehr und für den ÖPNV deutlich behindert und Ausweichverkehre in Wohnquartiere verlagert werden (siehe Verkehrsplanung Herforder/Heeper Straße).
- Dabei sollen neue Radwege nach Möglichkeit parallel zu bestehenden Verkehrsachsen entwickelt werden, um die Konkurrenz auf vorhandenen Flächen zu vermeiden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A6: Radverkehrswege sinnvoll planen und integrieren

Antragssteller OV-Brackwede

Die Kreispartei möge sich dafür einsetzen, dass

- verkehrliche Rück- und Umbaumaßnahmen von Straßen zu Gunsten von Radverkehren in Brackwede und Bielefeld nicht mehr stattfinden, wenn dadurch zentrale Verkehrsachsen für den Pendlerverkehr oder für den ÖPNV deutlich behindert oder Ausweichverkehre in Wohnquartiere verlagert werden,
- vorrangig bestehende Radwege ausgebessert werden, bevor neue Radwege entstehen,
- und neue Radwege nach Möglichkeit parallel zu vorhandenen Verkehrsachsen entstehen, anstatt mit diesen in einen Verteilungskampf um Flächen zu treten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A8: Erste Schritte für eine Neuausrichtung und Entlastung des ISB

Antragsstellerin: Laura von Schubert

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Wir Freie Demokraten Bielefeld setzen uns für die Neuausrichtung und Entlastung des Immobilienservicebetriebs der Stadt Bielefeld (ISB) ein. Dabei sollen Geschäftsbereiche, wie die Bewirtschaftung der städtischen Immobilien, das kaufmännische und technische Facilitymanagement, der Bereich Planung, Bauen und Erhalten städtischer Immobilien sowie die Hausmeister- und Reinigungsdienste zunehmend in private Hände gegeben werden. Immobilien, die nicht mehr für städtische Zwecke benötigt werden, sollen verkauft werden.

In einem ersten Schritt wird noch im Jahr 2024 die Ausschreibung und Übergabe der baulichen Unterhaltung und das Investitionsmanagement von Schulgebäuden (*Berufsschulen, Grundschulen und weiterführende Schulen*) an private Anbieter angestrebt. Dazu sollen Pakete geschnürt werden, die Synergien ermöglichen und einen synchronisierten Datenbestand gewährleisten.

Für die fortlaufende Finanzierung und die Haushaltsaufstellung wird ein Masterplan entwickelt und fortgeführt. Mit einem jährlich erstellten Maßnahmenkatalog werden Baumaßnahmen priorisiert. Für die bauliche Unterhaltung wird ein Budget vereinbart, das als Grundlage für die Haushaltsberatungen der Stadt Bielefeld dient.

Begründung

Der ISB ist mit der Umsetzung des städtischen Bauprogramms i.H.v. 1,173 Milliarden Euro überfordert. Aufgrund seiner eingeschränkten Planungskapazitäten und des unzureichenden Projektcontrollings kommt der Neu- und Ausbau der dringend benötigten Schulplätze an den Grund- und weiterführenden Schulen sowie des OGS nur schleppend in Gang. Bauprojekte und Sanierungs- und Umbaumaßnahmen werden regelmäßig exorbitant teurer als es die inflationsbedingten Kostensteigerungen in der jetzigen Marktlage rechtfertigen (Wissenswerkstadt, Jahnplatz, Martin-Niemöller Gesamtschule etc...). Um den ISB zu entlasten und somit eine verlässliche und von treffsicheren Kostenprognosen geprägte Planung und Umsetzung des städtischen Bauprogramms zu erreichen, streben wir erste Schritte einer Neuausrichtung und Teilprivatisierung des ISB noch im Jahr 2024 an.

Antrag A9: Ablehnung der Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in China

Antragssteller: Junge Liberale Bielefeld

Die Hochschule Bielefeld (HSBI) plant die Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in der Volksrepublik China, konkret im Distrikt Hainan, einer chinesischen Sonderwirtschaftszone. Diese Entscheidung erregt ernsthafte Bedenken und erfordert eine klare Positionierung unsererseits. Aus folgenden Gründen lehnt die FDP Bielefeld das Vorhaben der Hochschule (HSBI) ab:

Begründung:

1. Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit: Die Volksrepublik China unterliegt einem autoritären Regime, das die Meinungsfreiheit und Wissenschaftsfreiheit stark einschränkt. Kritische Forscher und Studierende werden bedroht, verhaftet und eingeschüchtert. Die Gründung einer Hochschule in einem solchen politischen Umfeld stellt eine Gefährdung für die Freiheit der Lehre und Forschung dar.
2. Naivität und Unkenntnis: Die Annahme, dass Wissenschaftsfreiheit in der VR China gewährleistet werden könne, zeugt von großer sicherheitspolitischer Naivität und offenbart eine fundamentale Unkenntnis der Verhältnisse in diesem Land. Die kommunistische Partei Chinas verstärkt ihren Zugriff auf die Wissenschaft und kontrolliert kritische Diskurse.
3. Kritische Haltung gegenüber autoritären Regimen: Als Organisation, die sich für die Freiheit von Forschung und Lehre einsetzt, müssen wir eine klare Position gegenüber autoritären Regimen wie China und Russland einnehmen. Die Zusammenarbeit mit solchen Regimen birgt ethische und moralische Risiken und steht im Widerspruch zu unseren grundlegenden Werten und Prinzipien.

Beschluss:

1. Die Hochschule Bielefeld wird aufgefordert, die Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in China unverzüglich zu stoppen.
2. Die Hochschule Bielefeld wird aufgefordert, ihre internationalen Kooperationen und Partnerschaften kritisch zu überprüfen und sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Werten der Freiheit von Forschung und Lehre stehen.
3. Die Hochschule Bielefeld wird aufgefordert, alternative Wege zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu suchen, die nicht mit autoritären Regimen wie China in Verbindung stehen.

Die Gründung der Hainan Bielefeld University of Applied Sciences (BiUH) in China ist mit erheblichen Risiken verbunden und steht im Widerspruch zu unseren grundlegenden Werten und Prinzipien. Wir fordern die Hochschule Bielefeld auf, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen und sich stattdessen für Partnerschaften einzusetzen, die die Freiheit von Forschung und Lehre respektieren und fördern.

Antrag A10: Für eine liberale Stadtverwaltung

Antragssteller: Junge Liberale Bielefeld

Die FDP Bielefeld setzt sich für eine effiziente und wirtschaftlich leistungsfähige Stadtverwaltung ein. Wir glauben, dass die Minimierung der Städtischen Aufgaben einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann. Daher beantragen wir die folgenden Maßnahmen:

1. Überprüfung der Städtischen Betriebe:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine umfassende Überprüfung aller Städtischen Betriebe durchzuführen, um deren Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu bewerten.

2. Identifikation von Privatisierungspotenzialen:

Auf Grundlage der Überprüfung sollen diejenigen Städtischen Betriebe identifiziert werden, die für eine Privatisierung oder teilweise Privatisierung in Frage kommen. Klare Kriterien sollen festgelegt werden, um eine faire und transparente Auswahl zu gewährleisten.

3. Erarbeitung von Privatisierungskonzepten:

Für die ausgewählten Städtischen Betriebe werden detaillierte Privatisierungskonzepte entwickelt, die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Aspekte berücksichtigen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Prozess transparent gestaltet wird und die Interessen der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden.

4. Schaffung eines Wettbewerbsumfelds:

Durch die Privatisierung oder Teilprivatisierung der ausgewählten Betriebe soll ein wettbewerbsorientiertes Umfeld geschaffen werden, das Innovation, Qualität und Effizienz fördert. Dies wird zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Ressourcen und zu einer größeren Vielfalt von Dienstleistungen führen.

5. Kontinuierliche Überwachung und Anpassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die privatisierten Betriebe kontinuierlich zu überwachen, um sicherzustellen, dass die gesteckten Ziele erreicht werden. Bei Bedarf sollen Anpassungen vorgenommen werden, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Die Minimierung der Städtischen Betriebe in Bielefeld ist ein wichtiger Schritt hin zu einer effizienteren Verwaltung, einer gestärkten Wirtschaft und mehr Freiheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die FDP Bielefeld ist überzeugt davon, dass diese Maßnahme im besten Interesse unserer Stadt und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner liegt.